

Franz Walter

Vom langen Niedergang der Liberalen in Deutschland



Dr. Franz Walter, geb. 1956 in Steinheim/Wesf., Studium der Sozialwissenschaften und der Geschichte in Berlin und Bielefeld, ist Hochschuldozent am Seminar für Politikwissenschaft der Universität Göttingen.

Es sieht schlimm aus für den parteipolitischen Liberalismus in Deutschland. Doch ist die FDP überhaupt noch eine liberale Partei? Stehen die Freien Demokraten nicht für all das, was liberalen Intellektuellen zutiefst zuwider ist: für platte Steuersenkungsparolen, für soziale Kälte, für schnöde besitzbürgerliche Interessen? Was, in aller Welt, hat diese Partei der Besserverdienenden noch mit den großen Traditionen des Liberalismus zu tun, mit Toleranz, Weltoffenheit, strenger Rechtsstaatlichkeit und republikanischer Gesinnungstreue?

Deutscher Liberalismus von Bismarck bis Hitler

Indes: Stand der Liberalismus in Deutschland jemals für all diese löblichen Tugenden? Republikaner waren die Liberalen im gesamten 19. Jahrhundert nicht. Das allgemeine Wahlrecht lehnten sie ab, gleichviel ob sie nun rechts- oder linksliberal gesinnt waren. Die Liberalen insgesamt fürchteten die Republik. Sie bedeutete ihnen Pöbelherrschaft, die Tyrannei der Demagogen, die Macht der Unvernunft, Gefahr für Gesittung und Kultur. Nur die Bürger von Besitz und Bildung sollten wählen, politisch handeln dürfen, so stellten es sich die Liberalen vor. Die Liberalen besaßen daher auch kein Interesse, 1848 die Revolution zu radikalieren und die historische Mission zu erfüllen, die ihnen Karl Marx zugewiesen hatte. Sie arrangierten sich stattdessen mit den alten Mächten. Die linken Intellektuellen in Deutschland haben es den Liberalen dauerhaft übel genommen, dass sie nicht Seit' an Seit' mit der Arbeiterklasse gekämpft und eine veritable Revolution zu Stande gebracht haben. Doch die deutschen Liberalen waren Postrevolutionäre, sie hatten die Erfahrung der Französischen Revolution vor Augen. Die jakobinische Diktatur lockte sie nicht. Im Übrigen: Überall in Europa scheiterten die 48er-Revolutionen, legt man radikaldemokratische Maßstäbe an. Die

deutschen Liberalen aber waren keine Radikaldemokraten, und so waren sie mit dem Ausgang der Ereignisse ganz zufrieden. Die meisten deutschen Länder waren Verfassungsstaaten geworden; vielmehr hatten die Liberalen gar nicht angestrebt.

Die Mehrheit der Liberalen kooperierte dann mit Bismarck, vor allem, als der Eiserne Kanzler Kriege gewann und so das Deutsche Reich begründete. Die Einheit der Deutschen Nation war den Liberalen Herzenssache, war ihnen wichtiger als alles andere. Die nationale Einheit - das trieb die Liberalen in Deutschland um, nicht die individuelle Freiheit. Mit Bismarck verband die Liberalen überdies der Kampf gegen die inneren „Reichsfeinde“: Sozialdemokraten und Katholiken. Die deutschen Liberalen waren national, antisozialistisch und antikatholisch. Darin bestand ihre Identität. Unbeugsame Verfechter des Rechts waren sie nicht. Den Ausnahmegeetzen gegen die Katholiken und die Sozialdemokraten stimmten sie mehrheitlich zu.

Allerdings spalteten sich die Liberalen in der Frage der Zusammenarbeit mit Bismarck. Ein dreiviertel Jahrhundert dauerte das Schisma des deutschen Liberalismus. Den nationalliberalen Realpolitikern und Bündnisgenossen Bismarcks stand nun der linksliberale Freisinn gegenüber. Viel bewegt hat er nicht. Die Linksliberalen waren doktrinäre Zeitgenossen: kompromisslos für den Freihandel und dogmatisch gegen jede staatliche Sozialpolitik, die sie für regierungssozialistisches Teufelszeug hielten. Da waren die nationalliberalen Rivalen volkstümlicher. So blieb das mit dem Linksliberalismus in Deutschland meist auch weiterhin: Er war defensiv, un kreativ, ohne Zukunftsideen, ohne Gestaltungskompetenz.

Die einen die Büttel Bismarcks, die anderen doktrinäre Individualisten - ist also der Liberalismus schon im Kaiserreich gescheitert? So wird es häufig behauptet, vor allem dann, wenn man die Liberalen nicht an ihren eigenen Maßstäben und Zielsetzungen misst, sondern ihnen aus einer geschichtsphilosophischen Konstruktion heraus historische Funktionen und Aufgaben zuteilt. Die Liberalen selbst sahen sich vor allem im Reichsgründungsjahrzehnt als Gewinner. Ihr Lebensziel, die Einheit Deutschlands, hatte sich erfüllt. Ein ausgefeiltes bürgerliches Rechtssystem war hergestellt. Die kapitalistische Industrie expandierte dynamisch. Bildung, Wissenschaft und Kultur waren Domänen des liberalen Bürgertums und auch außerhalb Deutschlands hoch angesehen. Die Liberalen waren zufrieden. Wiederum: Vielmehr hatten sie auch nicht angestrebt.

Gerade da die Liberalen erfolgreich waren, gerieten sie in die Krise. Sie hatten kein Zukunftsmodell mehr. Nation, Recht, Individuum, Gewerbeordnung, Versammlungsfreiheit - das riss niemanden mehr mit. Die Jugend des deutschen Bürgertums wandte sich gelangweilt ab, interessierte sich mehr für die dynamisch-völkischen Bewegungen, die allmählich auf der Rechten entstanden. Es begann die Zeit der großen Kollektivorganisationen, denen die liberalen Individualisten aus dem protestantischen Bürgertum nichts entgegenzustellen hatten. Die Liberalen hatten nie organisatorisch feste Parteistrukturen aufgebaut, hatten nie ein geschlossenes Milieu errichtet wie etwa die katholische Zentrumspartei oder die Sozialdemokraten. Das machte die Liberalen historisch den anderen Lagern gegenüber unterlegen. Die Bindungen zu den Wählern lockerten sich. Die Wähleranteile des Liberalismus schrumpften von 46,6 Prozent im Jahr 1871 auf 25,9 Prozent im Jahr 1912.

Unter dem Druck der Krise erneuerten sich die Linksliberalen. Sie suchten nun das Bündnis mit der reformistischen Arbeiterbewegung, akzeptierten jetzt auch die staatliche Sozialpolitik. Die Linksliberalen wurden unter der Führung Friedrich Naumanns am Ende des Kaiserreichs Sozialliberale. 60 Jahre später nahmen die Sozialliberalen der Brandt-Scheel-Jahre sich die Ära des Naumannschen Sozialliberalismus zum Vorbild. Noch heute wärmt der Name Naumann die Herzen der wenigen versprengten Sozialliberalen. Aber man darf es nicht

übertreiben. Naumanns Ideen faszinierten schon zu seinen Lebzeiten nur eine Hand voll junger Akademiker; das bürgerliche Deutschland, die breiten Mittelschichten erreichte er nicht. Überdies: Naumann war ein Sozialimperialist. Das Geld, das die teure Sozialgesetzgebung kostete, wollte er aus den Kolonien holen. Aktive Weltpolitik sollte das industrielle Wachstum forcieren, das nötig war, um Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Eine Zukunftsperspektive für spätere Linksliberale war das jedenfalls nie.

Zu Beginn der Weimarer Republik aber war der Sozialliberalismus die Brücke zwischen dem republikanischen Bürgertum und der demokratischen Arbeiterbewegung. Doch das Bündnis hielt nicht, und deshalb zerbrach auch die Republik. Das deutsche Bürgertum folgte den Linksliberalen nicht. Die Freisinnigen identifizierten sich, zumindest bis 1930, wie keine andere politische Kraft mit dem Weimarer Staat. Sie hatten die Verfassung geprägt, waren an fast allen Regierungen beteiligt. Genutzt hat es ihnen nichts. Alle Krisen der Republik fielen auf sie zurück, kosteten sie Stimmen. Das begann schon mit dem Kapp-Putsch. Die Linksliberalen standen auf der Seite der Republik; ihr Innenminister organisierte die regierungsamtlichen Abwehrmaßnahmen gegen den Aufstand von rechts. Bei den darauf folgenden Wahlen verloren die Linksliberalen 60 Prozent ihrer Wähler. Die Rechtsliberalen dagegen, die die Republik nicht schätzten, ihre Verfassung abgelehnt hatten und verhaltene Sympathien für die Kapp-Putschisten zeigten, verdreifachten ihren Wähleranteil. Auch danach ging es mit den Linksliberalen unaufhörlich bergab. Das Bürgertum kehrte ihnen den Rücken. Vor allem die junge Generation des deutschen Bürgertums verachtete die liberalen Prinzipien, tat sie höhnisch als reaktionäres Geschwätz unverbesserlicher Philister aus dem 19. Jahrhundert ab. Die Jungen waren bündisch, nicht mehr individualistisch. Schließlich verloren die Linksliberalen Ende der zwanziger Jahre noch die Unterstützung der prominenten demokratischen Journalisten. Denen gefiel die Kompromisspolitik der Linksliberalen in der Regierung nicht. Sie träumten von einer schwungvollen, libertär-pazifistischen Partei. Anfang der dreißiger Jahre gründete sich eine solche Radikaldemokratische Partei. Doch den Linksintellektuellen blieb auch weiterhin nur die Träumerei. Denn bei den Reichstagswahlen 1932 gaben lediglich 3.793 Wähler den Radikaldemokraten ihre Stimme. Das deutsche Bürgertum stand weit rechts, hatte für linkslibertäre Ideale nichts, aber auch gar nichts übrig.

Selbst die Nationalliberalen fielen der Rechtsentwicklung des Bürgertums zum Opfer. Ihnen half weder die deutschnationale Rhetorik, der sie sich durchweg bedienten, noch die aggressiven Anfeindungen der Republik, auf die sich Anfang der dreißiger Jahre wieder verfielen. Die beiden liberalen Parteien hatten zum Ende der Weimarer Republik nicht einmal mehr drei Prozent der Wähler hinter sich. Der Liberalismus war in Deutschland zur Sekte verkommen. Das protestantische Bürgertum, einst Träger des Liberalismus, war nahezu mit Mann und Maus zu den Nationalsozialisten übergelaufen. Die NSDAP war in den früheren Hochburgen des Liberalismus zur Nachfolgepartei der Liberalen geworden. Kein anderes politisches Lager besaß so wenig Immunkräfte gegen die nationalsozialistische Versuchung wie das liberale. Schließlich konnte die Hitler-Partei an die nationalen Identitäten und antisozialistischen Ängste deutscher Liberaler anknüpfen und sie in der Krise der Republik und des deutschen Bürgertums radikalieren und für sich nutzen. Geistesgeschichtlich lagen zwischen Nationalsozialismus und Liberalismus wohl Welten, mentalitäts- und sozialgeschichtlich verhielt es sich anders.

Politik der Optionen: Die FDP in der Bundesrepublik Deutschland

Insofern war es nur konsequent, dass die FDP in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren als nationale Rechtspartei auf Stimmenjagd ging. Die FDP war gleichsam die PDS des Postfaschismus. Sie umwarb die nun frustrierten und verbitterten Anhänger der vergangenen Diktatur, die ehemaligen Träger von Regime, Partei und Streitkräften. Das war nicht freisinnig, das war nicht libertär, das war nicht radikaldemokratisch, das war auch alles andere als sozialliberal - aber es war zunächst durchaus erfolgreich. Große Teile des protestantischen Bürgertums hatten sich mit der noch deutlich katholisch geprägten CDU nicht anfreunden können. Das deutschnationale Agitationsvokabular der Freien Demokraten aber gefiel ihnen gut. Der parteipolitische Liberalismus war auf dem Weg, sich als Rechtspartei des nationalen Bürgertums wieder zu regenerieren und so ein Wählerpotenzial erneut zu erschließen, das ihm in der Weimarer Republik abhanden gekommen war. In Hessen, Hochburg des rechten FDP-Flügels, übertrafen die Freien Demokraten Anfang der fünfziger Jahre mit über 30 Prozent der Stimmen selbst die CDU. 1953 aber war es mit der Strategie der nationalen Sammlung vorbei. Einige Freidemokraten hatten sich zu weit mit Konspirateuren aus dem früheren Goebbels-Ministerium eingelassen. Es kam zu spektakulären Verhaftungen. Der deutschnationale Kurs war daraufhin diskreditiert.

Es hatte sich also ausgesammelt. Der Traum von der eigenständigen Massenpartei des Bürgertums war ausgeträumt. Die FDP blieb altliberale Mittelstandspartei und Juniorpartei der CDU. Aber nicht ganz und nicht lange. Denn Mitte der fünfziger Jahre drängte eine neue Kohorte, die Angehörigen der Front- und HJ-Generation, in der FDP nach vorn, machtbewusst, kühl, hart und energisch. Walter Scheel gehörte dazu, vor allem Wolfgang Döring, Willi Weyer und ein wenig auch schon der junge Hans-Dietrich Genscher. Hier, in diesen Jahren, begann sie allmählich: die „Genscherisierung“ der Partei. Die neue Generation war pragmatisch. Die jungen Leute liebten an der Politik das taktische Manöver, den gelungenen machtpolitischen Schachzug. Programmatische Grundsätzlichkeiten dagegen waren ihnen ein Gräuel. Aus wohlklingenden Prinzipien machten sie sich wenig. Mit präventösen Zukunftsentwürfen gaben sie sich erst gar nicht ab. Deutschnationale Politik lag ihnen ebenso wenig wie freisinniges Pathos; sie hielten beides nicht für Politik. Sie dachten und handelten in politischen Optionen, nicht in langfristigen Konzeptionen.

Ihre erste große Stunde schlug 1956, als sie in Nordrhein-Westfalen ein Stück Machtwechsel probierten. Sie drängten im Handstreich den bisherigen christdemokratischen Koalitionspartner aus der Landesregierung und holten die Sozialdemokraten ins Kabinett. Das war der Startschuss für die Politik der Optionen, die die Freien Demokraten von nun an in der ganzen Bundesrepublik betrieben. Denn die FDP wollte 1956 mit dem Düsseldorfer Kabinettswechsel den Christdemokraten bedeuten, dass sie nicht auf das Bündnis mit der Union festgelegt war, dass sie eine weitere Option besaß. Das sollte ihr machtpolitisches Gewicht erhöhen. Eine sozialliberale Idee lag der Aktion nicht zu Grunde. Das sozialdemokratisch-freidemokratische Bündnis besaß weder ein gesellschaftliches Fundament noch eine politisch ausgewiesene Perspektive. Dafür hatten die jungen Taktiker in der FDP auch gar keinen Sinn. Die freidemokratischen Anhänger aber hatten sie durch die völlig unvermittelte Allianz mit den bis dahin als Gegner schlechthin bekämpften Sozialdemokraten zutiefst schockiert. Das nationale Bürgertum, das die Partei in den späten vierziger Jahren durch die Politik der Sammlung rekrutiert hatte, lief in Scharen zur CDU, die bei den nachfolgenden Landtagswahlen die absolute Mehrheit erreichte. Mit dem Vormarsch der Genscher-Generation begann der innere Zerfall der FDP, auch wenn das lange unbemerkt blieb. Ihr ausschließlich

taktischer Optionskurs unterhöhlte die sozialmoralischen Bindungen ihrer Wählermilieus an die Partei, gleichviel ob diese traditionell linksliberal geprägt oder neu national gesammelt waren. Die Erosion der kommunalen und regionalen Fundamente der Partei begann jetzt allmählich, in den späten fünfziger Jahren mit schweren Wahlniederlagen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Berlin und setzte sich beschleunigt fort, als Genscher den Vorsitz der Partei übernahm.

Auch sozialstrukturell schmolz der FDP die Basis zusammen. Der alte Mittelstand schrumpfte. Die Freien Demokraten bemerkten es lange nicht. Sie registrierten nicht die Unruhe, die sich in den altmittelständischen Bereichen ab Mitte der sechziger Jahre ausbreitete. So profitierte die NPD davon, die dort am stärksten war, wo zuvor die Hochburgen der FDP gelegen hatten. Eine FDP der nationalen Sammlung hätte das Aufkommen der NPD wohl verhindern können. Schließlich fanden sich die Freien Demokraten in den Endsechzigern ganz unvorbereitet in der Opposition zur Großen Koalition wieder, ratlos und ohne Konzeption. Allerdings bot die politische und soziale Konstellation jener Jahre auch herausragende Chancen für die FDP. Die Modernisierungswellen der sechziger Jahre hatten die Mitte der Gesellschaft grundlegend neu geordnet. Durch die Tertiarisierung und Bildungsexpansion war eine neue breite Mittelschicht herangewachsen, urbaner, weltoffener und libertärer eingestellt als die alte bürgerliche Mitte in Deutschland. Im Zentrum der Gesellschaft entstanden somit die sozial-kulturellen Grundlagen für einen erneuerten Freisinn. Die FDP hätte nun das nachholen können, was die Liberalen immer versäumt haben: Sie hätte sich ein neues bürgerliches Wählermilieu der linken Mitte erschließen und dauerhaft mit der Partei verschränken können. Die Gelegenheit dazu war günstig. Die Partei war in der Opposition und damit gezwungen, sich ein neues, scharfes Profil zu schneiden und einen eigenen politischen Standort diesseits der beiden Großparteien zu finden. In dieser historischen Situation waren Taktiker und Optionsvirtuosen nicht gefragt, sondern Politiker, die in historischen Perspektiven denken konnten.

Einer zumindest war dazu in der Lage: Karl Hermann Flach. Flach hatte schon in den späten fünfziger Jahren die Umbrüche in der Republik erfasst, zumindest gewittert. Als Bundesgeschäftsführer der FDP hatte er 1961 für seine Partei einen meisterhaft konzipierten Wahlkampf organisiert, der der Partei einen Zuwachs von 5,1 Prozentpunkten und das bislang beste Bundestagswahlergebnis in der Geschichte der FDP überhaupt brachte. Flach war es schon damals gelungen, junge Leute aus den Mittelschichten anzusprechen. Durch den Umfall Mendes gegenüber Adenauer und die dann folgende betulich-altmittelständische Politik der FDP trieben die jungen Menschen wieder weg von der Partei. Auch Flach war enttäuscht und zog sich aus der aktiven Parteiarbeit eher zurück. Als Journalist bei der „Frankfurter Rundschau“ versuchte er gleichwohl Einfluss auf die Politik der Freien Demokraten zu nehmen. Flach erkannte die Möglichkeiten, die sich aus dem gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik und aus der Elefantenhochzeit der beiden Volksparteien für die FDP ergaben. Er sah, dass sich ein wachsender Teil der Mittelschichten bewegte, kulturell veränderte, politisch neu definierte. Und er riet seiner Partei, zur Repräsentantin dieses sich neu formierenden Spektrums in der bundesdeutschen Wählerlandschaft zu werden und sich dabei politisch neu zu platzieren: eindeutig links von der CDU, aber auch in vielen Fragen links von der SPD. Flach war überzeugt davon, dass 10 Prozent der bundesdeutschen Wähler mit einer solchen Partei des neuen, modernen, linken Freisinns sympathisieren würden.

Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher hielten solche Überlegungen für ganz unpolitische Fantastereien. Man hatte die Partei zusammenzuhalten, Mehrheiten für eine Koalition zusammenzubekommen, sich möglichst klassische Kabinettsressorts zu sichern und im

Übrigen immer noch eine Karte im Ärmel zu haben - das war ihnen Politik. Alles andere waren theoretische Spielereien, für Intellektuelle wohl reizvoll, für praktische Politiker aber höchst gefährlich. So sahen sie das. Dass in der Bundesrepublik ein neues Mittelschichtsegment entstand mit neuen Wertepräferenzen und Einstellungsmustern bemerkten sie nicht. Darin lag das historische Versagen der Scheel-Genscher-FDP. Das war der Ausgangspunkt für alle Probleme und Schwierigkeiten, mit denen sich die Freien Demokraten seit den frühen achtziger Jahren zu plagen haben. Das Übel begann nicht mit Klaus Kinkel oder Wolfgang Gerhard; die Weichen stellten Scheel und Genscher falsch. Denn sie waren es, die die entscheidende Ressource für einen neuen Liberalismus in der postindustriellen Gesellschaft ignorierten. Wieder wurde ein Wählermilieu nicht erschlossen, das den Liberalen im Grunde nahe stand. Den Raum, den die FDP freigab, besetzten dann die Grünen und etablierten sich dadurch in den achtziger Jahren als vierte Partei im bundesdeutschen Parteiensystem - als Milieurepräsentantin eben jenes neu-freisinnigen, akademischen Bürgertums, das gut und gerne auch die Freien Demokraten hätten vertreten können. Wenn, ja wenn sich die FDP nach 1967 zu einer radikalliberalen Bürgerrechtspartei fortentwickelt hätte.

Dass sie das nicht tat, hat auch mit dem Unvermögen des linken Flügels in der FDP zu tun. Auch die Linken in der FDP haben die Perspektiven einer modernen Bürgerrechtspartei nicht begriffen. Die Jungdemokraten spielten linkssozialistische Sekte und kopierten den verstaubten Marxismus der Jusos. Die etablierten Linkliberalen aus der Bundestagsfraktion und in den Ländern betrieben Politik nur aus der Defensive, verteidigten rechtsstaatliche Positionen, wehrten Angriffe ab. Kreativ waren sie nicht. Originelle Ideen besaßen sie keine; Innovatorisches war von ihnen nicht zu erwarten. Das war die Crux der Linkliberalen seit Eugen Richters Zeiten: Sie waren unbeweglich, fantasielos, ziemlich dogmatisch, furchtbar unpraktisch, ein wenig professorenhaft.

Doch entscheidend war das alles nicht. Die Linkliberalen haben auch in den siebziger Jahren keine große Rolle gespielt; sozialliberal war die Partei auch zu Zeiten der sozialdemokratisch-freidemokratischen Koalition nicht. Entscheidend war Genscher. Er pflegte ab 1970 unverdrossen die Taktik der Option, der Koalitionsflexibilität, des potenziellen Sprungs zur Union. Für alle Welt gilt er seither als Meister der Taktik, kaum jemand hat bemerkt, dass er dadurch die Wählerbindungen zerstört hat, die eine Partei braucht, auch wenn modische Soziologen anderes schreiben. Um die prinzipielle Koalitionsfähigkeit mit der Union zu dokumentieren - natürlich auch um die Interessen der besitzbürgerlichen Klientel durchzusetzen - handelte die FDP als rechtes Korrektiv in der Koalition. Was als rechtes Korrektiv zur SPD nicht taugte, wurde entsorgt: eben die bürgerrechtlichen Maximen, mit denen die FDP 1968/69 noch ein wenig kokettiert hatte und die dann Jahre später allesamt mit zunächst großem Erfolg in das Agitationsvokabular der Grünen übergingen.

Allerdings bot die neue bürgerliche Mitte in der Altbundesrepublik zwischenzeitlich auch prinzipiell Platz, auch Wählerpotenziale genug für zwei, wenn man so will, liberale Parteien. So jedenfalls kann man die Wahlergebnisse der Jahre 1985 bis 1987 interpretieren, als gerade in den urbanen Wachstumsregionen der Republik Grüne und Freie Demokraten gleichermaßen zulegten, während die Volksparteien schrumpften. Die sich herausbildende postindustrielle Gesellschaft begünstigte zunächst nicht nur linkslibertäre Einstellungen, sondern ab den achtziger Jahren auch marktradikale, gewissermaßen neo-liberale Zielsetzungen. In zahlreichen Ländern hatten solche neoliberalen Parteien, oft mit rechtspopulistischer Grundierung, seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre beträchtlichen Aufwind. Ganz offensichtlich kristallisierte sich in der bürgerlichen Mitte nun auf der anderen Seite des Spektrums

ein weiteres Wählerpotenzial heraus, für dessen politische Repräsentanz ebenfalls Liberale, jetzt aber Wirtschaft- und Rechtsliberale, bestens prädestiniert gewesen wären.

Die Freien Demokraten erkannten diesmal auch ihre Chance. Sie sahen die Veränderungen in der Gesellschaft und Wählerschaft Mitte der achtziger Jahre als Ausdruck der heraufziehenden Wissensgesellschaft, in der es auf Flexibilität, Mobilität und Selbstständigkeit ankam, alles Eigenschaften, für die die großen schwerfälligen Volksparteien nicht so recht standen. Die Freien Demokraten versuchten also ab 1985 schon, sich programmatisch als Avantgarde der Informationsgesellschaft zu präsentieren, als Herolde der Freien Marktwirtschaft, der ungehinderten Privatinitiative, des starken Individuums. Sie gaben sich als die Anwälte der Leistungsträger, der modernen, dynamischen, kreativen, wirtschaftlich erfolgreichen, besserverdienenden Schichten. Insofern gewannen die Freien Demokraten nach dem Abgang der Sozial- und Linksliberalen durchaus ein ziemlich eindeutiges Profil. Und im Grunde lag das seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch im Trend der Zeit.

Doch nutzte den Liberalen die scharf geschnittene programmatische Kontur nichts. Programmatisch offerierten sie sich seit den späten achtziger Jahren unmissverständlich als Partei der Entbürokratisierung, des sozialstaatlichen Umbaus, der Privatisierung, der Steuersenkung, der konsequenten Marktwirtschaft. Aber die fortwährende Klage der FDP über die hohen Abgaben, die vielen Steuern, die wuchernde Staatsbürokratie, die teuren Sozialleistungen wirkte auf die meisten Wähler nicht sehr überzeugend. Denn schließlich hatte die FDP ein Vierteljahrhundert lang ununterbrochen den Wirtschaftsminister der Republik gestellt. Die FDP machte sich nicht gut als Kritikerin des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates, an dessen Regierung sie länger als jede andere Partei beteiligt war. Die FDP klagte eine Politik an, die sie selbst mitproduziert und an der sie 41 Jahre partizipiert hatte. Hätten die Liberalen den Sozialstaat in den siebziger und achtziger Jahren mit einer noch intakten Parteiorganisation aus der Opposition heraus attackiert, wären sie vielleicht zur Aufsteigerpartei der neunziger Jahre geworden.

Aber so reüssierten die Freien Demokraten hinreichend noch nicht einmal bei den von ihnen emphatisch umworbenen Aufsteigern und Arrivierten, die bis 1993 im FDP-Jargon als „Besserverdienende“ firmierten. Das mochte daran liegen, dass diese Zielgruppe tatsächlich so war, wie sie die Liberalen immer beschrieben: erfolgsorientiert und trendbewusst. Eben gerade deshalb investierte diese Gruppe nicht in liberale Aktien, die an der politischen Börse keine Rendite versprachen. Die FDP wandte sich an die Aufsteiger und Dynamiker der Gesellschaft, personell repräsentierte aber wurde die Partei eher von behäbigen Verbandsfunktionären. Die FDP trat als Kündlerin der Moderne auf, aber sie verkörperte das nicht. Die Freien Demokraten glänzten nicht vor den Kameras der Telegesellschaft. Die FDP hatte nach dem Abgang von Genscher keine herausragenden Führungspersönlichkeiten mehr. Die FDP war ort- und kopflos geworden.

Ausblick

Das ist der Zustand der Partei. In einem erinnert die Situation an 1932: Die Liberalen werden wieder ignoriert oder gar verachtet, gerade auch von den gebildeten Mittelschichten, die doch eigentlich zur Klientel der FDP hätten zählen können. Das Ansehen der FDP ist nicht sehr beträchtlich.

Aber ganz gerecht ist das sicher nicht. Lange Zeit haben die Freien Demokraten die Weichen der Republik richtig gestellt. Die beiden großen Volksparteien können das nicht

immer von sich behaupten. Die Freien Demokraten haben die Freie Marktwirtschaft mit installiert und die Westbindung mit eingefädelt. Sie haben die neue Ostpolitik am frühesten vorgedacht und danach 1969 durchgesetzt. Sie haben die wohlfahrtsstaatlichen Sorglosigkeiten der Sozialdemokraten begrenzt (weniger übrigens die der Union). Und sie haben schließlich die Frage der deutschen Einheit am stärksten von allen Parteien durchkonzipiert und im Bewusstsein gehalten. Die Freien Demokraten haben für Machtwechsel gesorgt, so wie es die Bürger mehrheitlich schätzten, als moderate Wandlung, als Erneuerung in der Tradition. Die FDP geriet dabei jedes Mal an den Rand des Abgrunds. Prämiiert wurde ihr das nicht. Sie handelte sich im Gegenteil immer mehr den Ruf des Opportunismus ein. Da waren auch die Intellektuellen ganz deutsch. Machtpolitik war nicht ihre Sache. Sie galt als schmutzig. Treue wurde verlangt - zum politischen Partner und zur Gesinnung.

Historisch waren die Liberalen dabei immer so gut oder schlecht wie das deutsche Bürgertum. Die Liberalen kämpften im 19. Jahrhundert nicht auf den Barrikaden, weil die deutschen Bürger eben keine Revolutionäre waren. Die Liberalen verloren im Laufe des Kaiserreichs, weil die deutschen Bürger allmählich nach rechts wanderten. Der Liberalismus löste sich zum Ende der Weimarer Republik auf, weil das deutsche Bürgertum nahezu geschlossen mit den Nationalsozialisten marschierte. Schließlich und daher: Die FDP reüssierte in den achtziger und neunziger Jahren nicht mit ihren marktwirtschaftlichen Reformen, weil auch der selbstständige Mittelstand die Deregulierung fürchtete, die Liberalisierung des Ladenschlusses mehrheitlich nicht wünschte, dafür aber auf den Schutz von Handwerkerordnungen und großen Befähigungsnachweisen bestand. Und zweifelhaft ist, ob das gewerbliche Bürgertum so tolerant und weltoffen ist, wie es der freidemokratische Generalsekretär so gern und anhaltend erzählt. Erfolgreich sind im Moment in Europa vor allem diejenigen liberalen Parteien, die rüde gegen Asylbewerber und Immigranten vorgehen, die einen scharfen Kurs in der Kriminalitätsbekämpfung fahren und einen Kreuzzug gegen „Sozialschmarotzer“ führen. Viel spricht dafür, dass auch in Deutschland ein solcher rechter, populistischer Liberalismus erfolgreich wäre. Noch mehr aber spricht dafür, dass die FDP die Kraft, Organisation und Kampagnefähigkeit dazu gar nicht mehr hätte, selbst wenn sie es denn wollte.

Es wird schwierig für die Liberalen in Deutschland. Nur der jähe Absturz der CDU könnte sie noch retten.